

Antrag 12 – AUGE/UG

Kostenwahrheit im Güterverkehr

Der Antrag wurde dem BAK-Vorstand zur Behandlung zugewiesen und wie folgt behandelt:

Die inhaltliche Zielsetzung des Antrags wird an sich voll befürwortet. Eine Lkw-Schwerverkehrsabgabe auf allen Straßen ist ein notwendiger Schritt zu mehr Kostenwahrheit und Fairness. Die BAK hat bereits 2006 einen Beschluss zur flächendeckenden Lkw-Maut gefasst. Die Arbeiterkammer hat dazu unzählige Studien und Öffentlichkeitsveranstaltungen durchgeführt. Allerdings richtet sich die Forderung nicht an die Bundesländer, sondern an die Bundesregierung. Da die Bundesländer für die Straßenerhaltung zuständig sind, muss von diesen auch die Initiative ausgehen. Die letzte Tagung der Bundesländer in St. Pölten im April 2016 wollte mehrheitlich diesen Schritt leider nicht mittragen. Seitens des BMVIT und BMF besteht bei der flächendeckenden Lkw-Maut durchaus Verhandlungsbereitschaft. Deshalb müsste sich die Forderung an die Länder und nicht an den Bund – insbesondere nicht an das BMVIT – richten. Es wird die Ablehnung des Antrags empfohlen.